

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr viertelj. M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hiezü Bestellgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle zc.

Beitrag für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die Klein-
spaltige Garmondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 148.

Mittwoch, den 28. Juni

1905.

Rundschau.

Die Sozialdemokratie und der Krieg. Ueber die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in einem zukünftigen Krieg hat sich Bebel geäußert. Er antwortet auf eine Anfrage der „Die Sozialisten“ über die Haltung der deutschen Sozialdemokraten einem Kriege gegenüber: Die Sozialisten müssen die Kriegsurache streng objektiv prüfen. Ist ihre eigene Regierung der Angreifer, müssen sie ihr die Mittel zur Kriegsführung verweigern und den Kriege mit allen zulässigen Mitteln entgegenarbeiten. Ist aber unser Vaterland angegriffen, dürfen die Sozialisten der Regierung ihre Mitwirkung nicht versagen. Nimmt der Krieg den Charakter eines Eroberungskrieges an, wie es der deutsch-französische nach Sedan war, ist es Pflicht der Sozialisten, sich der Eroberung zu widersetzen. — Auch der Führer der französischen Sozialdemokraten, Jaurès, äußerte sich. Er führte aus, die Sozialisten hätten niemals ein französisch-deutsches Mißverständnis gewollt. Das französisch-englische Uebereinkommen wäre durchaus nicht gegen Deutschland gerichtet. Die Verhandlungen nähmen einen ernsten Charakter an, doch ist Jaurès überzeugt, daß die Schwierigkeiten ohne Anstrengungen und ohne daß der Nationalstolz verletzt werde, überwunden werden.

Max Hirsch. Dr. Max Hirsch, der bekannte Anwalt der (Hirsch-Dunderschen) Gewerkschaften, ist 73 Jahre alt geworden. Er wurde 1832 zu Halberstadt geboren, studierte in Tübingen, Heidelberg und Berlin Philosophie, Jurisprudenz und Staatswissenschaften und unternahm dann eine Reise durch Frankreich und Nordafrika, über die er zwei Schriften veröffentlichte. Seit dem Beginn der 60er Jahre widmete er sich ganz den öffentlichen Angelegenheiten, erst in Berlin, wo er das politische Wochenblatt „Der Fortschritt“ begründete, dann zu Magdeburg, hierauf wieder in Berlin. Nach einer Studienreise in England und Schottland gründete er, an die englischen Trade-Unions als Vorbilder sich anlehnd, unter Mitwirkung von Franz Dunder und Schulze-Delitzsch 1868 die deutschen Gewerkschaften, als deren Anwalt, sowie als Herausgeber des Verbandsorgans „Der Gewerkschaft“ er seit 1869 bis zu seiner letzten Krankheit wirkte. Seit 1879 war er Dozent für Nationalökonomie an der Berliner Humboldt-Akademie und ihr Generalsekretär; die Akademie war auf seine Anregung und nach seinem Plane errichtet worden. Er war auch Mitbegründer der Gesellschaft für Verbreitung der Volksbildung und des Vereins für Sozialpolitik. Zahlreiche sozialpolitische Schriften zeugen dafür, daß er eine umfassende theoretische Bildung besaß. 1869 vertrat er den 23. sächsischen Wahlkreis im

Norddeutschen Reichstag, wo er sich der Deutschen Fortschrittspartei anschloß. Von verschiedenen Wahlkreisen wurde er noch 1877, 1881 und 1890 in den Reichstag gewählt. Seit 1898 war er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, wo er noch vor kurzem als Mitglied der Kommission für die Bergarbeiterschulz-Ausschüsse tätig gewesen ist. Alles in allem — ein reiches Leben, getragen von einem durchaus uneigennütigen, ehrlichen, guten Charakter. Dr. Max Hirsch hat immer das Beste gewollt. Wenn der Erfolg dem nicht immer entsprach, so lag das an den eigentümlichen Verhältnissen, die durch das Aufkommen der „modernen“ Arbeiterbewegung geschaffen wurden und die er wohl nicht immer richtig würdigte. Aber jedenfalls hat die Arbeiterbewegung und haben speziell die deutschen Gewerkschaften an ihm einen treuen Freund und Förderer verloren, dessen Andenken in Ehren gehalten werden wird.

Der Staat als Vermittler. Im bayerischen Ministerium des Aeußern sind, wie offiziös gemeldet wird, infolge der seit voriger Woche bestehenden allgemeinen Aussperrung in den Münchener, Augsburger und Nürnberger Metallwarenfabriken zur Herbeiführung einer Einigung zwischen den Metallindustriellen und den Arbeitern Verhandlungen eingeleitet worden und zwar zunächst mit den Vertretern der Industriellen. Dienstag soll mit den Vertretern der Arbeiter verhandelt werden.

Tages-Chronik.

Berlin, 26. Juni. Das Staatsministerium trat heute unter dem Vorsitz des Fürsten von Bülow zu einer Sitzung zusammen.

Berlin, 27. Juni. Herr Ernst Günther von Schleswig-Holstein hat, wie erinnerlich, anlässlich der Wirbach-Preußenbank-Affäre angekündigt, daß er gegen jene Blätter, die seine Person mit den vom Herrn v. Wirbach quittierten, aber nicht an diesen bezahlten 325 000 M. in Verbindung gebracht hatten, Klage erheben würde. Dies ist nun geschehen. Nachdem sich das vorbereitende Verfahren nahezu ¼ Jahr hingezogen hat, ist dem ehemaligen verantwortlichen Redakteur der „Berliner Zeitung“ die Anklage zugestellt worden.

Berlin, 27. Juni. Aus Oberhausen im Rheinland läßt sich der Vorwärts melden: Die Generalversammlung des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter erhöhte den Beitrag von 50 Pfg. monatlich auf 40 Pfennig wöchentlich. Als Grund wird die Ansammlung eines Hilfsfonds angegeben. Ein baldiger neuer Streik stehe bevor, dazu seien neue Finanzmittel nötig.

statteter Raum, dieses Kabinett, in dem der alte Herr seine Geschäfte besorgte und in dem er auch seine Geschäftsfreunde empfing, selbst der große, eiserne Geldschrank zeigte zierliche Formen, wie man sie selten bei diesem Möbel zu finden pflegte.

Der Stadtrat hatte sich an dem reichgeschmückten Schreibtisch niedergelassen, der mit Zeitungen, Briefen und anderen Papieren bedeckt war, sein Blick ruhte forschend auf dem Sohne, während dieser seine Unterredung mit dem Baron Werner beendete.

„Auf den Sekretär hätte ich wohl einen Druck üben können“, sagte er mit einem bedauernden Achselzucken, als Herbert schwieg, „aber mit seiner Mutter mag ich nicht gern etwas zu schaffen haben. Ich habe mich heute morgen im Polizeibureau gleich nach ihr erkundigt, sie steht nicht im besten Rufe, soll dem stillen Trunk ergeben sein und ist in früheren Jahren mehrmals wegen Diebstahls verdächtigt worden, nur hat man ihr nichts beweisen können.“

„Wenn sie die Erbin ist...“

„Jedenfalls, denn es läßt sich nicht annehmen, daß Wendlein seiner Haushälterin alles vermacht haben soll, obgleich auch dies in der Möglichkeit liegt.“

Wenn sie erfährt, welcher großen Wert der Freiherr von Bärenhorst auf die Papiere legt, so wird sie selbst vorab die Nase hineinstecken, und findet sie etwas, so hält sie es zurück, um gelegentlich ein Geschäft damit zu machen. Und was die Besorgung des Freiherrn betrifft, so ist sie mir im Grunde genommen unverständlich. Allerdings hat vor etwa sieben- oder achtundzwanzig Jahren ein Bürgerlicher die Tochter dieses Freiherrn gegen dessen Willen geheiratet, aber das wußte damals die ganze Stadt, denn der Maler Kalinowski war eine sehr bekannte Persönlichkeit, und es leben heute noch viele, die sich dieser sogenannten Mealliance erinnern. Der Maler ist dann in der Revolutionszeit Volksführer und Varrakampfer geworden, die junge Frau kehrte nach Bärenhorst zurück und starb dort mit ihrem Kinde. Der Maler mußte flüchten, er ist jetzt nach Europa zurückgekehrt und hat mir bereits seinen Besuch angekündigt. Dies diesen Brief, er wird Dich interessieren, da Du mit der Familie befreundet bist.“

Er nahm den Brief vom Schreibtisch und überreichte ihn seinem Sohne, dann zündete er eine Zigarre an, und auch jetzt wie-

Kattowitz, 26. Juni. In Sachen der von verschiedenen Seiten Oberschlesiens beim Minister erhobenen Vorstellungen wegen Zulassung eines höheren Kontingents russischer Schweine, um der Fleischnot zu steuern, findet demnächst in Oberschlesien eine Ministerialkonferenz statt.

Homburg v. d. S., 26. Juni. Landtagsabgeordneter Dr. Max Virsch ist um 2 Uhr im Sanatorium „Mara Emilia“ an den Folgen einer Darmblutung sanft verschieden.

Paris, 27. Juni. Nach einer Meldung erzählte ein ehemaliger Ministerkollege Rouviers gestern im Senat: Der Inhalt der deutschen Antwortnote sei in Paris eingetroffen. Diesem Auszug zufolge zeigt sich Fürst Bülow in freundlichster Weise bestrebt, Punkt für Punkt die Bedenken zu zerstreuen, die in Rouviers Note gegen die Konferenz enthalten sind. Die Note gipfelt in der höflichen Anfrage, ob Frankreich nach dieser Darlegung in der Lage sein würde, die Konferenz zu beschiden.

London, 26. Juni. Aus Kopenhagen meldet die „Daily Mail“, Kaiser Wilhelm beabsichtige, Mitte Juli Kopenhagen zu besuchen.

Stockholm, 26. Juni. Dem Hofe nahestehende Personen versichern, daß der König den Gedanken einer Prinzen-Kandidatur fallen lassen werde. Unter den Parteien des Reichstags wird eine Verständigung darüber angebahnt, Norwegen auf den verfassungsmäßigen Weg zu verweisen, nach den Neuwahlen zum Storting einen ordentlichen Antrag auf Trennung der Union bei Schweden zu stellen.

Aus Aeger über Vorwürfe, die ihm seine Braut wegen seiner Trunkenheit machte, sprang in Mannheimer der 25 Jahre alte Arbeiter Peter Erdert von der Friedriehsbrücke in den Neckar und ertrank.

In schwere Trauer wurde die Familie des Schultheißen und Sägmühlebesizers Schneider in Heselbach bei Klosterreichenbach versetzt. Zwei Söhne führten Bretter nach Kastatt. Beim Bahnübergang in der Nähe von Weisenbach wollte der ältere Bruder bremsen, stürzte dabei zu Boden und wurde vom zweiten Wagen überfahren. Schwerverletzt wurde er von seinem Bruder ins Krankenhaus zu Gernsbach verbracht, wo er operiert wurde, aber infolge eingetretener Wundfieber starb.

Auf der Ringstraße in Nürnberg geriet Sonntag Abend ein Automobil zwischen zwei sich kreuzende Wagen der elektrischen Straßenbahn und wurde zertrümmert; der Insasse, Treibriemenfabrikant Böhmhänder, konnte sich noch rechtzeitig durch Abspringen retten.

Der 25 Jahre alte Schalterbeamte Fildt vom Bahnhof Saarbrücken ist mit ca. M. 3000 Fahrkartengeld verschwunden.

Verschlertes Glück.

Roman von Ewald August König. 19

„Na, Du mußt es ja besser wissen.“ erwiderte Baron Werner, „aber ich rate Dir dennoch, die beiden scharf zu beobachten. Und was Kurt betrifft, so will ich Deinem Rate folgen, sieh Du zu, wie die Angelegenheit ohne Aufsehen aus der Welt geschafft werden kann, muß ein Opfer dafür gebracht werden, so bin ich dazu bereit, um keinen Preis aber werde ich zu dieser Mealliance meine Genehmigung geben, um keinen Preis.“ Damit ging er hinaus.

Baron Robert griff nach seinem Glase und trank es aus, dann legte er die Hand auf die Stirn. „Wenn das nur die größte Sorge wäre!“ seufzte er. „Sie ist federleicht im Vergleich zu der Last, die mir Tag und Nacht jede Stunde verbittert. Ob Scharenberg mir helfen kann? Ich muß es versuchen, es ist ein großes Wagnis, aber der Stadtrat ist ein Ehrenmann, ihm darf ich mich wohl anvertrauen.“

Noch einmal entrang ein schwerer Seufzer sich seinen Lippen, dann verließ auch er das Zimmer, einige Minuten später schritt er mit geistlichem Haupt durch den Park, um die Maschinen, die noch immer in voller Tätigkeit waren, nochmals zu besichtigen.

Als Herbert an diesem Mittag von Bärenhorst heimkehrte, empfing er sofort die Nachricht von der Verhaftung des Stadtschreibers und der Anklage, die gegen denselben erhoben wurde.

Gleich einem Lauffeuer hatte die Kunde von der Ermordung Wendleins und der Ergreifung des mutmaßlichen Täters sich in der Stadt verbreitet, der Stadtrat brachte sie aus dem Bureau mit heim, ihm persönlich fiel es schwer, an die Schuld Hermanns zu glauben, wenn er auch zugeben mußte, daß hinreichende Verdachtsgründe vorlagen.

Herbert aber sah durch diese Verhaftung sich genötigt, dem Vater die Wünsche Baron Werners mitzuteilen und ihn um seinen Rat in dieser Angelegenheit zu bitten.

Er tat dies nach Tisch, als der Stadtrat sich in sein Privat-kabinett zurückgezogen hatte, um in gewohnter Weise sein Mittagsgeschäft zu halten.

Es war ein traulicher, mit künstlerischem Geschmaack ausge-

der heftete sein Blick sich prüfend auf das Antlitz Herberts, dem mit sichtbarem Interesse das Schreiben las.

„Wenn der Baron fürchtet, sein Kammerdiener könne darüber Aufzeichnungen hinterlassen haben, so mag das ja wohl den Fall sein.“ fuhr der Stadtrat fort, nachdem Herbert ihm den Brief zurückgegeben hatte, „aber ich wüßte nicht, welchen Verräter sie ihm bereiten könnten, da ja niemand ein Interesse daran hat, sie zu veröffentlichen.“

„Es können sich unliebsame Vorfälle an jene Mealliance geknüpft haben, deren Veröffentlichung auch heute noch...“

„Kann sein.“ unterbrach der alte Herr seinen Sohn, „ich vermute sogar, daß Baron Werner die Enthüllung eines ihm gefährlichen Geheimnisses fürchtet, nur weiß ich nicht, wo ich dieses Geheimnis suchen soll.“

„Ist es nicht fruchtlos, sich darüber den Kopf zu zerbrechen?“ fragte Herbert, einen scherzenden Ton anschlagend.

„Gewiß,“ nickte der Stadtrat, „zumal mir eine andere Frage näher liegt, deren Beantwortung mir wichtiger ist. Weshalb wünschst Du so sehr, dem Baron diesen Dienst leisten zu können? Sei aufrichtig, Herbert, geschwärmel hast Du nie für den stolzen Herrn, im Gegenteil, Du beklagtest Dich oft, daß Du für ihn Luft seiest.“

Das Antlitz Herberts hatte sich dunkler gefärbt, im ersten Moment wich er dem Blick des Vaters aus, dann aber schlug er die Augen wieder zu ihm auf und ein entschlossener Zug lag jetzt um seine Lippen. „Bier Worte beantworteten Deine Frage“, sagte er ruhig, „ich liebe seine Enkelin.“

„Ich dachte es mir,“ erwiderte der Stadtrat mit derselben Ruhe, „Deine Mama machte mich bereits auf diese Möglichkeit aufmerksam. Hast Du der Baroness schon Deine Liebe erklärt?“

„Nein, Papa.“

„Glaubst Du, daß sie erwidert wird?“

„Ich bin davon überzeugt.“

„Schön! Ich darf wohl voraussetzen, daß Du schon jetzt die Antwort kennst, die Du vom Vater und Großvater der Baroness erhalten wirst?“

„Ich bin darauf vorbereitet.“

„Auch auf die Kämpfe, welche dann Dich erwarten?“

„Auch darauf!“

Ein etwa 20jähriger Mann, der sich in Begleitung eines gleichaltrigen Mädchens befand, war von der sächsischen Festung Königstein nach dem Orte Streckenwalde gekommen. Das Mädchen verübte in letzterem Orte einen schweren Einbruch diebstahl, indem es in Abwesenheit der Bewohner eines Hauses eine allgemeine Plünderung vornahm. Die Bestohlenen begaben sich noch am selben Tage an die Verfolgung der Einbrecher, und es gelang auch, den männlichen Stibbuben in Boitsdorf einzuholen und zu packen. Seine Begleiterin entkam und hielt sich im Walde verborgen. Aber auch der Dieb entwand sich seinen Verfolgern und entfloh. Die beiden Diebsgenossen trafen noch am selben Abend in einem Grenzorte Obergraupen zusammen, wurden aber von der dortigen Polizei erkannt und sollten festgenommen werden. In diesem Augenblicke zog der Einbrecher einen Revolver hervor, schoss seiner Diebsgenossin eine Kugel in die Schläfe und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Beide waren sofort tot. Sie scheinen Oesterreicher zu sein.

In Malsatt-Burbach hat die Frau eines Eisenbahnbeamten ihr jüngstes von drei Kindern, ein Mädchen von zwei Jahren in der Sar ertränkt und sich damit der Polizei gestellt. Die Aerzte stellten fest, daß die Kindesmörderin irrsinnig sei und ließen sie in eine Anstalt verbringen.

In der Nacht zum Montag stürzte sich in Wölln ein junges Mädchen gegenüber der Frankgasse an der Landungsbrücke der Mühlheimer Schiffe nach kurzem Wortwechsel mit ihrem Schatz in den Rhein und verschwand in den Wellen. Kurz zuvor hatte es noch mit seinem Liebhaber auf einer Bank gefessen und geschert. Nach der unglücklichen Tat des Mädchens lief der junge Mann schleunigst davon. Er blieb unerkannt.

Der Blitz schlug in die katholische Kirche in Schlaaben i. Harz, die bis auf den Grund niederbrannte.

In Berlin wurden Montag Nachmittag 6 1/2 Uhr durch Blitzschlag im Humboldtthain ein Knabe getötet und zwei gelähmt.

Das Berl. Tagebl. meldet aus Kiel: Montag nachmittags scherte Feuer 2 Scheuern gegenüber der Viegestätte der Hohenzollern ein. Der Kaiser ließ die Feuerwehrr der Hohenzollern, die Offiziere und Mannschaften der Kriegsschiffe Schwaben und Stein zur Hilfeleistung landen. Der Materialschaten ist bedeutend.

Die wegen schwerer, „nicht militärischer“ Verfehlungen verhafteten Leutnants zur See Centken, Abdenhausen und Seydel vom Linienschiff „Mecklenburg“ sind, wie das V. Z. aus Kiel meldet, zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes der Kieler psychiatrischen Universitätsklinik überwiesen worden. (Es ist recht merkwürdig, daß gleich drei Leutnants zugleich geistesgestört sein sollten. Red.)

Am Predigtstuhl (Wilder Kaiser) stürzte der Münchner Tourist Karl Rörzer ab. Er wurde schwer verletzt aufgefunden. Auf dem Uebergang von St. Peter (Ahlental) nach R. ein stürzte der 24jährige Italiener Lunazzi 60 Meter tief auf einen Latwinenrest ab. Er starb bald darauf.

In dem weit außerhalb von Petersburg gelegenen Artilleriepolygon ereignete sich Samstag eine furchtbare Explosion in der Füllabteilung, in der zwei Mann unter der Leitung eines Obersten ein dreißigfüßiges Geschloß zu Schießversuchen mit einem neuerfundnen Sprengstoffe füllten. Alle drei sind tot. Der Füllraum wurde zerstört.

Die Anruhen in Rußland.

Die Megeleien in Rußisch-Polen.

In Ausführung eines kaiserlichen Ukas proklamierte Generalgouverneur Maximowitsch den Kriegszustand in Lody. General Schulteworts ist zum Kommandanten von Lody ernannt worden.

Bei den letzten Anruhen in Lody wurden 343 Juden und 218 Christen getötet. Insgesamt wurden 700 Personen verwundet. Die Arbeit in den Fabriken ist wieder aufgenommen worden. (Das sind die von den Behörden angegebenen Zahlen, die natürlich durch die Wirklichkeit weit übertroffen werden.)

Offiziere und Mannschaften beginnen sich jetzt gegen die ihnen aufgedrungenen Schergendienste zu wehren, so daß jetzt die Regierung auch ihrer letzten Zuflucht, der Arme, nicht mehr sicher ist. Die Offiziere des Wladoschen Dragoner-Regiments erklärten den Truppenkommandanten, sie würden nicht mehr auf Wehrlose schießen. Der Generalgouverneur befahl die sofortige Rückkehr des Regiments in seine Garnison. Ein geheimer Erlass befiehlt, alle Soldaten polnischer Nationalität und jüdischer Religion aus der Lodyer Garnison herauszuziehen, da sie in die Luft ansteht in das Volk schossen. An den letzten Straßennruhen beteiligten sich etwa 30.000 Arbeiter. In den Häusern, aus denen geschossen wurde, wurden sämtliche Einwohner ohne Gnade massakriert. 11 Soldaten wurden erschossen und ebensoviel verwundet.

Ueber die Vorfälle vom Samstag Abend berichtet die „Bohemia“ noch folgendes:

Am 6 Uhr abends warf in der zur Palatvorstadt gehörigen Lagiewnikstraße ein junger Mann in einen Kosakenpferdestall eine Bombe. Die Explosion war furchtbar, die Panik unter den Soldaten unglücklich. 4 Kosaken blieben sofort tot, 16 wurden schwer verwundet, 23 Pferde wurden totgeschlagen. Der Täter entkam. In der Konstantinowskistraße erschoss ein Unbekannter aus dem Hause Nr. 69 einen Soldaten. Infolgedessen feuerten 50 Infanteristen sechs Salven in das Haus, töteten vier Männer und zwei Frauen. Zwölf Personen wurden außerdem tödlich verletzt. Nach amtlicher Meldung wurden gestern nachmittags 264 Personen erschossen. Mit der Bestattung der Opfer ist heute begonnen worden. Es wurden 99 Tote im Dorfe Doby und 116 in Jarzef beerdigt. Das Feuergefecht in den Straßen dauert noch fort. Bei der Gasanstalt wurde heute eine Mutter und Tochter getötet. Kosaken durchsuchten die Taschen der Erschossenen und rogen sich alle Wertgegenstände an. Am Abend sind in Lody wieder einige Zeitungen erschienen.

Die Stadtambulanz wurde am Freitag 240 mal zur Hilfe aufgeföhrt, konnte aber nur die Hälfte leisten. Bis zum Samstag mittag erfolgten weitere 18 Aufforderungen. Die Verletzten wurden meist sterbend in die Spitäler gebracht und in Höfen und Korridoren auf dem Boden niedergelegt. Um 2 Uhr nachts wurde aus einem Hause der Konstantinowskistraße auf Kosaken geschossen. Die Soldaten demolirten darauf das ganze Haus und töteten alle Bewohner. Sechs Stadtwagen fuhren beständig Leichen zum Friedhof. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten definitiv festzustellen, ist unmöglich.

In Warschau passierte um 6 Uhr abends die Grzybowskistraße eine manifestierende Menge, in der junge Leute rote Fahnen trugen. An der Ecke der Broniagasse kam eine Patrouille britischer Gendarmen dem Zuge entgegen. Plötzlich trat ein Mann aus der Menge und schleuderte eine große Bombe in die Patrouille. Mit furchtbarem Knall explodierte die Bombe. Ein Pferd wurde getötet, zwei Gendarmen tödlich verletzt. Der Täter entkam in der entzündeten Verwirrung. Nach der Explosion schloß Infanterie auf die Arbeiter und verletzte mehrere Personen, darunter auch zwei auf einem Baugerüste ruhig arbeitende Maurer schwer.

Aus Warschau wird vom 26. berichtet: Der Versuch des allgemeinen Ausstands ist mißlungen, trotzdem die Stimmung erregt ist. In den Straßen Bronia und Archalna wurden 5 Barrikaden durch Militär zerstört; hierbei kamen 2 Personen um. Der Betrieb in den Fabriken ist eingestellt, obwohl unter den Arbeitern Mißstimmung über den Ausstand herrscht. — Aus Czestochau wird gerüchtwie gemeldet, daß gestern Abend auf den Polizeimeister eine Bombe geworfen wurde. Hierbei wurde dieser und 7 Vorübergehende verwundet.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Friedensverhandlungen.

Rußland sowohl wie Japan haben dem Präsidenten Roosevelt mitgeteilt, daß ihre Bevollmächtigten im ersten Drittel des Monats August in den Vereinigten Staaten zusammentreten werden.

Württembergischer Landtag.

k. Stuttgart, 26. Juni. Kammer der Abgeordneten. Der heutige erste Tag der

Veratung der Verfassungsrevision

wurde durch eine längere Rede des Abg. Hausmann-Balingen eingeleitet. Der Redner der Volkspartei führte unter allgemeiner Spannung folgendes aus: Der Entwurf bringe Elemente des Fortschritts und Elemente des Stillstands. An Fortschritt bringe er das allermindeste, was Männer wie Rud. Probst, Hölder und Karl Mayer als das Minimum dessen bezeichnet haben, was im Interesse unseres Verfassungslebens gewährt werden müsse. Der Entwurf, den die Regierung eingebracht habe, enthalte aber auch Elemente der Fortschrittshemmung. Man müsse sich fragen ob denn in Württemberg tatsächlich nur ein Weg zu einer Erneuerung des Grundgesetzes bestehe. Das sei nicht der Fall. Nach dem entscheidenden Artikel 1, 2 und 26 der Verfassung seien wir in Deutschland das einzige Land, welches ein Staatsgesetz habe, in dem ausdrücklich mit Zustimmung der Regierung ausgesprochen sei, es solle die Verfassung erneuert werden durch einen Zusammentritt besonders berufener Vertreter der 63 Oberämter und mit diesen solle die Regierung eine neue Verfassung vereinbaren. Das Gesetz vom 1. Juli 1849 sei nicht als aufgehoben zu betrachten. Man werde die Regierung heute zu einer Stellungnahme darüber veranlassen müssen, ob sie auf dem Standpunkt stehe, den damals die Regierung eingenommen habe. Wir wissen nicht, welchen Gang der dritte Versuch einer Erneuerung der Verfassung nehmen wird. Die Regierung dürfe sich nicht die Hände binden und sagen, es könne kein anderer Weg beschritten werden. Sie könne aus Gründen der Staatsraison und der Opportunität sich dem andern Weg zuwenden und sagen: Wir wollen zuerst erproben, ob nicht der andere Weg zum Ziele führt; sie dürfe aber für den Fall, daß dieser Weg nicht zum Ziele führe, sich nicht die Hände dahin binden, daß das, was sie selbst für notwendig und für zeitgemäß halte und für wohltätig im Interesse des Landes, dann solle vorenthalten werden, wenn diejenigen, gegen die es sich zum Teil wende, nicht ihre Zustimmung geben. Es sei viel leichter, nachzuweisen, daß das Gesetz vom 1. Juli 1849 noch bestehe, als nachzuweisen, daß es nicht mehr bestehe. Die Regierung dürfe ihren Standpunkt in dieser Richtung nicht verleugnen. Leider sei aber in diesem Hause auf eine Wehrheit für diesen Gedanken nicht zu hoffen. Wenn dieser Standpunkt nicht unterstützt werde von einer Mehrheit, dann werde sich die Volkspartei dem Votum einer Mehrheit anschließen und den Verfassungsentwurf an eine Kommission zur Vorberatung überweisen. Man werde dann aber auch genötigt sein, durch die Verantwortung, die man trage, durch den Wunsch großer Kreise des Landes, durch das Wahlprogramm, auf welches wir gewählt worden seien, den Wunsch zu vertreten, daß Vorentscheid nicht mehr in die Verfassung aufgenommen werden sollen, weder für dieses Haus noch für das andere. Wenn berechnete konservative Interessen einen besonderen Körper verlangen, würden auch berechnete fortschrittliche Interessen einen besonderen Körper verlangen. Das konservative Element, das so sehr das vorige Jahrhundert beherrschte, habe es verschuldet, daß eine so große Entfremdung eingetreten sei. Das System der Doppelkammer sei für ein kleines Land nicht möglich. Es verurteile politische Kraftvergeubung. Wenn die kleinen Staaten die Selbständigkeit, die ihnen geblieben sei, zur Wehrung der Kräfte des Landes benutzen wollen, müssen sie die Folgen der Minderständigkeit ablegen, die ihnen bisher noch anhängen, namentlich das Zweikammersystem beseitigen. Das richte sich gegen das System an sich, abgesehen von der Zusammensetzung. Das erbliche Recht werde von den Menschen von heute nicht mehr verstanden. Wenn auf der Grundlage des gleichen Rechts eine neue Verfassung geschaffen würde, würde damit eine Grundlage geschaffen, auf welcher das Land

Württemberg wie das Haus Württemberg sicherer und fester ruhen würde als auf dem Gemauer aus verfunkenen Zeiten. (Beifall.)

Gröber (Z.): Da man die von Hausmann ange-schnittene Frage jetzt nicht entscheiden könne, stelle er den Antrag:

Die staatsrechtliche Kommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, 1) ob das Gesetz vom 1. Juli 1849 betr. die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zur Beratung einer Revision der Verfassung (Reg.-Blatt S. 234) noch in Geltung sei, 2) Die Beratung des Entwurfs eines Verfassungsgesetzes bis zu dem auf Grund des Berichtes der staatsrechtlichen Kommission erfolgten Beschluß auszusparen.

Hausmann-Balingen (Sp.): Man habe diesen Antrag kommen sehen. Er sei der erste Antrag aus der Verschleppungstaktik des Zentrums herank. Niemand sei so unerfahren in diesen Dingen, daß er glaube, die Frage würde auch, wenn sie in der staatsrechtlichen Kommission beraten würde, in einem anderen Stadium in dieses Haus zurückkehren als sie jetzt sei. Deshalb solle man nicht in dem Reiz der Verschleppungstaktik sich einfangen lassen, das durch den Zentrumsantrag ausgeworfen werde. Vielmehr müsse man die Vorlage an eine ad hoc zu bildende Kommission verweisen. Gröber habe, trotzdem er das gekonnt hätte, zu der ganzen Frage materiell überhaupt nicht Stellung genommen. Wenn es ihm nicht auf die Verschleppung angekommen wäre, hätte er zur Vertretung seines Standpunktes allen Anlaß gehabt.

Gröber (Z.): Er habe die Frage nicht aufgeworfen; aber nachdem sie aufgeworfen sei, möge Hausmann über die Folgen sich nicht wundern, sondern sich an die eigene Brust schlagen.

Ministerpräsident Dr. v. Breittling: Die Regierung sei erkannt, daß Hausmann diese Frage heringeworfen habe. Es sei ein unfruchtbares Unternehmen, über das Gesetz vom 1. Juli 1849 noch eine besondere Kommission zu bilden. Hausmanns Anregung stehe im Widerspruch mit dem, was die Thronrede sage. Die Regierung müsse an dem Standpunkt, der in der Thronrede niedergelegt sei, unter allen Umständen bestehen. Er müsse auf die Verhandlungen von 1882 zurückkommen und feststellen, daß Mayer damals ausdrücklich erklärt habe, daß seine Fraktion formell nicht mehr das Recht, das sich auf das Gesetz vom 1. Juli 1849 stütze, beanspruche. Er sei überrascht, daß heute dieser Standpunkt von 1882 verlassen werden wolle. Der Regierung zuzumuten, daß sie nunmehr gleichfalls diesen heutigen Standpunkt einnehme, werde wohl eine losunglose und zu nichts führende Sache sein. Er könne schon zum Voraus sagen, daß, selbst wenn die Kommission beschließen würde, das Gesetz von 1849 bestehe noch zu Recht, die Regierung diesen Standpunkt nicht einnehme. Er möchte in der Tat raten, mit dieser Frage die Debatte nicht weiter zu beschweren, denn das führe nicht zum Ziel.

Präsident von Sandberger (fr. Vgg.): Die aufgeworfene Frage sei geeignet, den Gang der Dinge zu erschweren. Hausmann habe damit der Sache keinen ersprießlichen Dienst geleistet, zumal die ganze Frage nur die Bedeutung einer alademischen Erörterung habe. Der Antrag Gröber solle man ablehnen, aber Hausmann sollte auch erklären, daß er den Weg mit dem Gesetz von 1849 nicht weiter verfolgen wolle. Er (Redner) spreche im Namen der Prälatenbank. Es sei für sie keine leichte Aufgabe, auf Rechte zu verzichten, die ihnen anvertraut seien. Wenn sie an dem Gesetz positiv mitarbeiten, werde es in Württemberg eine nicht kleine Zahl von Leuten geben, die das befremden werde. Entweder müssen die Privilegierten an der Verfassungsrevision positiv mitarbeiten, oder aber werde eine Verfassungsrevision überhaupt nicht zustande kommen. Die Prälaten haben sich entschlossen, nunmehr aus dem früheren zurückweichenden Verhalten herauszutreten und positiv mitzuarbeiten, weil sie es nicht verantworten können, daß die Entwürfe für alle Zukunft scheitern sollen. Denn ein nochmaliges Scheitern würde eine Erschwerung der Zusammenarbeit (der Regierung und der Stände hervorrufen, und man würde die Gedanken stärken, welche weit hinausgehen über die Gedanken, welche im jetzigen Verfassungsentwurf verfolgt werden. An den Entwurf besten sich auch trübe und düstere Ausblicke für die Zukunft. Wichtig sei vor allem die Frage der Schaffung eines gesinnungsähnlichen Erlasses für die Privilegierten. Aber nachdem man auf einen solchen Erfolg verzichtet habe, sei kein Grund vorhanden, einen Weg zu betreten, auf dem ein solcher Erfolg versucht werde. Auf die Ausscheidenden müsse die Rücksicht genommen werden, daß nicht nur der Erhaltung, sondern auch der Reform der ersten Kammer die Zustimmung gegeben werde. Wenn dieser Gedanke fallen gelassen würde, dann würde er an der weiteren Beratung des Entwurfs nicht mehr mitarbeiten können. Die Zusammensetzung der ersten Kammer sei von höchstem Wert. Die Erweiterung des Budgetrechts scheine ihm eine Bedingung zu sein, an welcher dieses Haus den Verfassungsentwurf scheitern lassen müssen. (Bravo!). Deswegen verzichte er auf diese Forderung des Budgetrechts. Selbst auf die Gefahr, daß die Entschliessungen der Prälaten mehrfach bemängelt werden, werden sie dazu mitwirken, daß endlich einmal dem Volke eine Verfassung zu Teil werde, auf deren Grundlage es sich wieder weiterhin auf Jahrzehnte hinaus glücklich weiterentwickeln möge. Wir werden nicht in den Weg treten unter der Voraussetzung, daß es ebenso der Wille der Fraktionen dieses Hauses ist, auch die Rücksicht auf uns und unsere Anschauungen zu nehmen, die wir nicht nur persönlich, sondern die wir auch im Sinne der Rechte und Pflichten vertreten, welche uns durch die Verfassung von 1819 zugewiesen sind.

Kraut (konf.): Man könne die formelle Frage, ob das Gesetz von 1849 noch zu Recht bestehe, nicht ernstlich aufwerfen, und man tue gut daran, sich vor dieser Frage zu hüten, denn sie liege nicht im Interesse des Zustandes kommens eines so ernsten Werks. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das Gesetz von 1849 nicht zu Recht bestehe.

v. Balz (D. P.): Auch seine Fraktion sei erkannt